

- S 1: ZUM TAG DER NVA
- S 2: INTERNATIONALER FRAUENTAG
- S 3: GRUNDSÄTZE UNSERES
HANDELNS
- S 4: RENTENGERECHTIGKEIT
- S 5: ERINNERUNG AN
ERNST THÄLMANN UND
DR. HANS MODROW
- S 6: AUFRUF ZUM OSTERMARSCH



Mit der Übung Steadfast Defender 2024, dem NATO-Manöver vom 21. Januar bis 31. Mai 2024, werden Handlungen im Bündnisfall des Nordatlantikpaktes trainiert.

Das Manöver wird als größtes NATO-Manöver seit 1988 bezeichnet.

Die Nationale Volksarmee als Bestandteil des Warschauer Vertrages war eine der vordersten Linien, die den Angriffsszenarien der NATO gegenüberstanden. Damals wie heute soll Mitteleuropa das Kriegsfeld der USA gegen Russland sein.

Rainer Rupp berichtete aus dem Innenleben des NATO-Hauptquartiers bei der Internationalen Friedenskonferenz des Deutschen Friedensrates am 28. September 2023 von den Planungen der Siege, ohne die Reaktion des Angegriffenen ins Kalkül zu ziehen [Broschüre „Den Frieden in die eigenen Hände nehmen“, ab S. 46].

Seit der Gründung der Nationalen Volksarmee am 1. März 1956 setzten sich die Soldaten der Nationalen Volksarmee gemeinsam mit ihren Waffenbrüdern für die Abwehr der Angriffe auf die sozialistischen Errungenschaften ein. Was man heute Regime-Change nennt, war dem US-geführten damaligen Gegner immanent.

Ab 1945, sofort zum Kriegsende, wurden durch die CIA Faschisten übernommen, wie es prominent die Gehlen-Organisation (ehemals Fremde Heere Ost des faschistischen Deutschlands – daraus bildete die USA den BND) war. Deren Ziel war, die Sowjetunion und deren Bündnispartner zu zerstören [Klaus von Dohnanyi: „Europa muss sich endlich eingestehen: Wir Europäer sind Objekt US-amerikanischen geopolitischen Interesses und waren niemals wirklich Verbündete, denn wir hatten nie ein Recht auf Mitsprache. Das ist aus Sicht der Nation und Weltmacht USA durchaus verständlich. Aber wir müssen es in unserer Politik bedenken. Denn konsequent stießen sich

Der standhafte Verteidiger?

von Joachim Bonatz, Vorsitzender ISOR e.V.

schon nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 die nationalen geopolitischen Interessen der USA in Europa nicht nur mit den Interessen der Sowjetunion, sondern eben auch mit wesentlichen Interessen Europas!“ (...), vergl. SBN: 978-3-8275-0154-7].

Zuverlässig schützten die Soldaten der NVA Tag und Nacht unseren Staat. Dafür gilt ihnen heute, am 68. Jahrestag der Gründung der NVA unser herzlicher Dank. Die NVA setzte nie ihre Hand, ihre Waffen gegen das eigene Volk oder ein anderes Volk ein.

Die Osterweiterungen der NATO seit dem Ende des Warschauer Vertrages zeigen, wer aktuell an die Grenzen Russlands herangerückt ist. Das Eroberungsziel der NATO war damals und ist heute das gleiche.

Zu den Jahrestagen der NVA hat ISOR aktuell zurückliegend sehr prominente Würdigungen veröffentlicht. Die prominenteste Grußbotschaft war aus meiner Sicht die Rede zum Jahrestag der NVA von Armeegeneral a.D. Heinz Kessler in unserer Ausgabe 3/2016.

In unserer Ausgabe vom März 2019 eröffnete Oberst a. D. Bernd Biedermann seine Grußbotschaft mit: „Gleich nach der Gründung der NATO 1949 sagte ihr erster Generalsekretär, der britische Lord Hasting Ismay: Wir haben die NATO gegründet, um in Europa die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Deutlicher konnte er das wahre Ziel der US-Amerikaner nicht formulieren. Nachdem die USA als eine der Siegermächte ihren Fuß auf europäischen Boden gesetzt hatten, wollten sie unter allen Umständen da bleiben.“

Im März 2020 geht Oberstleutnant a.D. Siegfried Eichner in seiner Grußbotschaft als Vertreter des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR im OKV neben grundsätzlichen und persönlichen Aspekten des Jahrestages der NVA auch auf die feste Partnerschaft seines Verbandes mit ISOR gegen die nach wie vor bestehende Rentenstra-

fe ein. Er bekräftigt die Solidarität im Namen seines Verbandes für den gerechten Rentenkampf von ISOR.

In der Ausgabe vom März 2022 steht die Grußbotschaft von W. Kroschel unter dem Titel: Die Brandstätten warnen und mahnen. Die Gleise zum Frieden müssen befahrbar bleiben.

Im März 2023 ist der Autor der Grußbotschaft Generalleutnant a.D. Manfred Grätz. Im Sinne seines Aufrufs zur Vernunft zusammen mit Generalmajor a.D. Sebald Daum, welche Grundlagen der international übertragenen Veranstaltung vom März 2023 waren, mahnte er vor den Folgen der weiterhin aggressiven Kriegspolitik der NATO.

Das aktive Eintreten für Frieden der Soldaten der NVA reicht vom Eintritt in die bewaffneten Organe der DDR bis heute. Dafür sagen wir ihnen heute herzlichen Dank und versichern, wir sind weiterhin aktive Partner im Wirken für Frieden.

Mit der aktuellen Kriegsvorbereitung der NATO im Rahmen des Manövers Steadfast Defender 2024, dessen eindeutige Zielrichtung gegen Russland formuliert wurde, setzt die NATO den Aggressionskurs intensiv fort.

Nach wie vor gilt deshalb: Dialog statt Waffen – überparteilich, um Einsteins Warnung zu beherzigen.

Standhafte Verteidiger des Friedens in unserem Land waren und sind die Soldaten der NVA und nicht die NATO sowie ihre Lobbyisten.

★ ★ ★

*Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen
der dritte Weltkrieg ausgetragen wird,
aber im vierten Weltkrieg werden sie mit
Stöcken und Steinen kämpfen.*

*Was mich erschreckt, ist nicht die
Zerstörungskraft der Bombe, sondern
die Explosionskraft des menschlichen
Herzens zum Bösen.*

Albert Einstein

Der Internationale Frauentag

von Jutta Schubert

„Der Internationale Frauentag ist die wichtigste Kundgebung für das Frauenwahlrecht, welche die Geschichte bis heute verzeichnen kann“, schrieb Clara Zetkin am 8. März 1911 über die weltweite Frauentag.

Ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass der 1. Internationale Frauentag am 19.3.1911 in Deutschland, Dänemark, Österreich, Schweiz und USA stattfand. Viele Millionen Frauen beteiligten sich. Die Forderungen waren das Wahl- und Stimmrecht, Einführung des 8-Stunden-Tages, Mutter- und Kinderschutz, Festsetzung von Mindestlöhnen und gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.

Im Jahr 1921 wurde bei einer großen sozialistischen Frauenkonferenz der 8. März als Datum für den alljährlichen Internationalen Frauentag festgelegt. Ich will jetzt nicht die Geschichte aufzeigen, sondern nur den Ursprung des Internationalen Frauentages darlegen. Wenn man sich die Forderungen von 1911 ansieht, ist man schon mehr als verwundert, dass es bis zum heutigen Tage noch keine absolute Umsetzung gab. In der DDR hatten wir das schon alles. Während der faschistischen Diktatur unter Hitler wurden alle Frauenorganisationen und ihre Presseorgane verboten.

Das änderte sich erst nach dem 2. Weltkrieg. In der sowjetischen Besatzungszone fand bereits

1946 der Frauentag wieder statt. In der 1949 gegründeten DDR wurde dieser Frauentag ein gesellschaftliches Ereignis. Hier wurde die Frau von Anfang an als gleichberechtigte Person anerkannt. Sie erhielt auf allen Gebieten die Chance, sich weiterzubilden, und wurde gefördert. Große Unterstützung erfuhr sie auch bei der Unterbringung der Kinder. Es wurden Krippen und Kindergärten geschaffen, damit die Frau berufstätig bleiben und sein konnte. Hier muss ich kurz einwerfen, dass es natürlich auch Frauen gab, die lieber zu Hause bleiben wollten, um sich selbst um die Kinder zu kümmern. Das konnte jede für sich entscheiden, wie sie es haben möchte. Ich habe drei Kinder und habe die gesetzlichen Zeiten des Mutter-schutzes wahrgenommen, was ich auch sehr angenehm fand. Trotz allem hat mich das nicht umfassend zufrieden gestellt, weil ich eben auch sehr gerne arbeiten gegangen bin und mich im Kollegenkreis sehr wohl gefühlt habe. Die Frauentage waren in allen Betrieben eine Veranstaltung für die Frauen, da wurden sie geehrt und gefeiert.

Anders sah es in der damaligen BRD aus. Es fand kein Frauentag statt. Die Frauen hatten keinerlei Rechte. Wenn sie arbeiten wollten, benötigten sie dazu die Genehmigung ihres Mannes. Ebenso verhielt es sich bei den Finanzen. Die Frau durfte kein eigenes Konto haben, obwohl im Grundge-

Lied der internationalen Frauenbewegung „Brot und Rosen“ Angelika Sacher und Klaus Bergmaier/youtube



setzt der BRD von 1949 im Artikel 3 Absatz 2 die Gleichberechtigung von Frau und Mann geregelt wurde. Wir wissen ja: Papier ist geduldig.

Was blieb den Frauen übrig, sie kümmerten sich um die Kinder und um das Heim, mehr durften sie nicht. Das lockerte sich erst in den siebziger Jahren, da wurde das Ehe- und Familienrecht umfassend reformiert, so dass Frauen ohne Einverständnis ihres Ehemannes berufstätig sein konnten.

Ein langer Weg – der zahlt sich natürlich auch bei den älteren Frauen bei der Rente aus. Da gab und gibt es große Diskussionen, warum die Frauen aus der ehemaligen DDR viel mehr Rente haben als sie selbst.

Nach dem Beitritt der DDR zur BRD 1990 gab es keine Veranstaltungen mehr zum Internationalen Frauentag – er wird weltweit nur von den Frauenorganisationen begangen. Deshalb ist es nach wie vor wichtig, dass wir Frauen zusammenhalten und für unsere Rechte kämpfen. Anfänge sind schon wieder sichtbar, dass das Er kämpfte schleichend abgeschafft wird.

Seit 2019 beziehungsweise 2023 ist der Internationale Frauentag in zwei Bundesländern Deutschlands ein gesetzlicher Feiertag – Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *



v.l.n.r. Peter Eichler, Heinz Krummey, Joachim Bonatz, Anja Mewes, Steffen Haupt, Heinz Engelhardt, (Foto: Bernd Mewes)

Joachim Bonatz nutzte die Gelegenheit, um Heinz Engelhardt aus diesem Anlass die erste Ehrennadel von ISOR e. V. mit Urkunde zu überreichen und ihm für seine aktive Unterstützung der

Die erste Ehrennadel von ISOR e. V. an einen Jubilar

Am 14. Februar 2024 fuhren Joachim Bonatz, Vorsitzender von ISOR e. V. und Anja Mewes, Geschäftsführerin, nach Chemnitz, um vor Ort, gemeinsam mit Vertretern der TIG Chemnitz Heinz Engelhardt, Generalmajor a.D., nachträglich zu seinem 80. Jubiläum zu gratulieren. Unter den Gratulanten befanden sich der TIG-Vorsitzende Peter Eichler, Steffen Haupt und Heinz Krummey.

Arbeit von ISOR vor Ort zu danken. In einer sehr angenehmen und aufgeschlossenen Atmosphäre unterhielten sich nach dem offiziellen Teil der Gratulanten die Gäste über die aktuelle politische Lage. Das Fazit des Besuches der Gratulanten: Es bleibt viel zu tun, und das kann nur mit vielen aktiven Mitstreitern in einer von Gemeinsamkeit, Vertrauen und Zuverlässigkeit geprägten Zusammenarbeit aller Mitstreiter erfolgen, für die ISOR ihre politische Heimat ist.

Dr. Kristian Beyer feierte am 6. Januar 2024 seinen 83. Geburtstag. Er baute die Homepage von ISOR auf und verlieh ihr das Gesicht. Bis zu seinem Geburtstag pflegte er unsere Homepage. Deshalb ihm an dieser Stelle ganz herzlichen Dank für seine unermüdliche Arbeit für unseren Verein. Wir wünschen Kristian und seiner lieben Irmi viele gemeinsame weitere Jahre und bedanken uns auch für seine Zusicherung uns stets mit Rat und Tat weiter zu unterstützen. Ich habe Kristians Aufgabe übernommen, sehe, was er geleistet hat und werde seine Arbeit fortsetzen. Anregungen bitte gern an Alexej Stoljarow-per Mail: astoljar@t-online.de

Mit dem Ausscheiden des Redakteurs der ISOR aktuell W. Kroschel machte es sich sehr kurzfristig erforderlich, ein neues Team der Redaktion zusammenzustellen. Ganz herzlich begrüßen wir neu im Team der Redaktionskommission: Gerdt Puchta, Bernd Gnant, Alexej Stoljarow, Steffen Haupt und Anja Mewes. Wir freuen uns, dass uns Wolfgang Schmidt als langjähriges Redaktionsmitglied mit seinen Erfahrungen weiter zur Seite steht.

Wir und unsere Zeit - Grundsätze unseres Handelns

von Ulrich Thorwirth, Landesbeauftragter Brandenburg von ISOR

Mit dem Jahresbeginn 2024 schauen sehr viele politisch Interessierte auf uns. Das sind treue Freunde und Kampfgefährten, das sind ISOR-Mitglieder mit ihren Überzeugungen, aber auch mit Fragen und Unsicherheiten. Das sind mit uns verbündete Vereine und Unterstützer oder solche, die Unterstützung erfahren möchten.

Da sind aber auch diejenigen, die der Grund dafür waren, uns als Verein zu organisieren, sowie Personen und Personengruppen, die unseren Verein als überflüssig ansehen, die uns aus der sozialpolitischen Landschaft verbannen wollen. Allein ihre Hoffnung, der Sozialverband wird sich rein biologisch erledigen, wurde mit unseren aktuellen Aktivitäten enttäuscht, trotz sinkender Mitgliederzahlen.

Diejenigen, die uns weniger wohlgesonnen sind, warten auf Fehler und Mängel, um uns zu diskreditieren. Sobald wir Ansätze liefern, um unsere Tätigkeit zu beenden, wird man diese Möglichkeiten ergreifen. Das zeigen in der gegenwärtigen politischen Landschaft die Beispiele, wie Vereine und kritische Stimmen zum Verstummen gebracht werden sollen. Insofern haben wir alle aktuell eine besondere Verantwortung.

Unsere Altersstruktur erfordert es, weiterhin eine stabile Führung auf allen Ebenen sicherzustellen. Das haben wir im Vorstand 2023 in Angriff genommen, und für jeden von uns und in den nachgeordneten Strukturen wird es eine dauerhafte Aufgabe bleiben. In einer Reihe von TIGs wurde der Wechsel von Verantwortungsträgern gut vorbereitet und verwirklicht. In anderen bedarf es noch weiterer Gespräche und Maßnahmen, um die Arbeitsfähigkeit wieder auf das erforderliche Niveau zu bringen.

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass alle Aktivitäten für unseren Verein, egal von wem, auf freiwilliger Basis erfolgen und deshalb unsere Achtung und Unterstützung verdienen.

Unsere sinkenden Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sowie die steigenden Ausgaben u. a. wegen der Teuerung und anderer Anforderungen zur Sicherung un-

seres Vereinslebens verlangen, vor allem gewohnte Positionen in den Ausgaben auf den Prüfstand zu legen. Das Werben um Spenden kann ein weiterer Beitrag gegen den Trend der sinkenden Beiträge sein. Die finanzielle Sicherstellung des Wirkens der TIGs behält einen hohen Stellenwert.

Die Mitglieder sollen auch die Positionen des Vorstandes zu den aktuellen gesellschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Entwicklungen wissen. Dazu haben wir ISOR aktuell und den direkten Kontakt zu den TIGs.

Wir vergessen nicht, woher wir kommen. Kaum eine Bevölkerungsgruppe hat sich so intensiv mit ihrem Wirken auseinandergesetzt wie die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR. Das bedeutet aber auch, die Traditionen zu bewahren, die ein friedliches, sicheres und gleichberechtigtes Zusammenleben im eigenen Land und international ermöglichen und den Völkerhass zu verbannen.

Es bleibt die Frage, wie wir als Sozialverein weiter im rentenpolitischen Kampf tätig bleiben werden. Wir haben dank der ausgezeichneten Arbeit vieler, die heute nicht mehr leben bzw. die uns heute nur noch gesundheitsbedingt eingeschränkt mit Rat und Tat zu Seite stehen können, sehr viel erreicht. Doch die Erfahrungen und die erworbene Kompetenz bieten die Grundlage sowohl für die Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen als auch für die Auseinandersetzung mit den Dieben unserer Ansprüche.

Ideen für die weitere Gestaltung des Kampfes für unsere Rechte sind jederzeit willkommen. Das Buch „Ausgewählte Initiativen zur Rentengerechtigkeit in Deutschland“ (ISBN 9781093859706) gibt einen tiefen Einblick in unser langjähriges Wirken. Wir waren das Versuchsfeld der sozialpolitischen Diskriminierung, begleitet von einem Dauerfeuer aus Verleumdung und Ausgrenzung. Weitere, um ihnen zustehende rentenrechtliche Leistungen betrogene DDR-Bürger haben sich organisiert und verschaffen sich Gehör. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist im Fokus

des Abbaus von Leistungen und der Bürde umfassender Kostensteigerungen.

Wir müssen als Zeitzeugen agieren. Kaum ein Bürger Deutschlands kennt die Strafrente. Ungläubig hören sie vom Betrug. Dass die Wertneutralität des Rentenrechts mit Füßen getreten wird, kommt im öffentlichen Diskurs nicht vor. Auch nicht, welche Leistungen aus dem Rententopf bezahlt werden, die mit Rente nicht das Geringste zu tun haben.

Aber ohne Frieden ist alles nichts. Das Wissen um die deutsche Geschichte, den Militarismus des deutschen Kapitals und sein Streben nach einer Vormachtstellung in der Welt ließ uns einen aufopferungsvollen beruflichen Weg einschlagen. Deshalb war, ist und bleibt das Wirken für Frieden eine Kernaufgabe unseres Vereins. Auf unserer Homepage sieht man das auf der Startseite: „Soldaten für den Frieden“ bleibt unsere Herzensangelegenheit, auch ohne Dienstgrad und Uniform.

Die Erfahrungen und Kenntnisse aus unserem langjährigen militärischen Dienst haben uns gelehrt, was geschieht, wenn Waffen eingesetzt werden. Wir haben mit vielen anderen gemeinsam 40 Jahre verhindert, dass diese ihr Unheil über die Menschen bringen. Von den Schrecken des Zweiten Weltkrieges wissen wir nur noch von wenigen Zeitzeugen aus unseren Reihen, wissen wir von unseren Eltern und Großeltern, unseren ehemaligen Kampfgefährten. Vor solchen heute an vielen Plätzen der Welt sichtbaren Schrecken möchten wir die Generation unserer Kinder, Enkel und Urenkel schützen.

Korrektur zu Rezension von Günter Grässler

Bei der Rezension eines Buches in „ISOR aktuell“ Nr. 02/2024 sind mir leider gleich zwei Fehler unterlaufen. Der Autor ist Günter Grässler (nicht Grässer) und der korrekte Titel muss lauten: Doppelnulagent Nr. 7 Ost: Im Dienst der Militärsplionage des MfS (nicht Doppelagent Nr. 7). Ich bitte um Entschuldigung.

W.S.

Runder Tisch fordert mit Nachdruck Rentengerechtigkeit

Gerald Böhm, Mitglied des Vorstandes, Mitglied des Vereins RTR e. V.

Der Verein „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ e. V. hat mit seinen Aktivitäten zu Beginn des Jahres 2024 mit Nachdruck die Herstellung von Rentengerechtigkeit und Anerkennung der Lebensleistungen der DDR-Bürger, die um ihre berechtigten Rentenanwartschaften betrogen werden, gefordert. Durch den Verein wurden Schreiben an die Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes Yasmin Fahimi, den Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland Carsten Schneider und die Ministerpräsidenten/-in der ostdeutschen Bundesländer gerichtet, deren Kernaussage die Schließung der immer noch bestehenden Gerechtigkeitslücken, die bei der Überleitung der DDR-Renten- und Versorgungssysteme in bundesdeutsches Recht entstanden sind, ist.

In dem Brief an die Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes, Yasmin Fahimi, geht es vor allem darum, die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Herstellung von Rentengerechtigkeit zu erreichen und mit Hilfe der Gewerkschaften Einfluss auf den gesetzgeberischen Prozess der Politik zur Herstellung von Rentengerechtigkeit zu nehmen. Gegenüber dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, wurde unter Zugrundelegung seiner bisherigen, ablehnenden Positionen zur Schaffung eines Rentengerechtigkeitsfonds und der Verweigerung weiterer Gespräche mit dem Runden Tisch die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die Gespräche wieder aufgenommen werden.

Konkret heißt es im Schreiben: „Wir sehen Sie als Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland in der Pflicht, endlich auch die Belange der Ostdeutschen zu beachten. Und sich wirklich für die Vollendung der Deutschen Einheit, auch der sozialen Einheit einzusetzen.“

In den Briefen an die Ministerpräsidenten/-innen der ostdeutschen Bundesländer wird an diese appelliert, sich persönlich dafür einzusetzen, die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien bei der Überleitung der DDR-Renten- und Versorgungssysteme in bundesdeutsches Recht zu beseitigen. Es wird hervorgehoben, dass die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds ohne Vorbedingungen zwingend notwendig ist. Weiter heißt es:

„Im Jahr der drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie der Europawahl und Bundestagswahl 2025 ist es dringender denn je notwendig, die soziale Befriedung herzustellen.“

Am 07. Februar 2024 wurde durch die Vorsitzenden des Vereins, Dietmar Polster und Dr. Klaus-Dieter Weißenborn, die Pressemitteilung „Respekt vor Lebensleistung, ein Gerechtigkeitsfonds muss her“ herausgegeben. In dieser Pressemitteilung wird insbesondere auf die Härtefallregelung eingegangen und darauf aufmerksam gemacht, dass diese Härtefallregelung den berechtigten Ansprüchen der DDR-Rentner in keiner Weise gerecht wird. Der aktuelle Stand mit Auslaufen des Antragsverfahrens für die Härtefallregelung am 31.01.2024 zeigt, dass 163.441 Anträge eingegangen sind, davon lediglich 20.000 zur Ost/West-Rentenüberleitung. Von diesen sind bisher 2.435 Anträge bearbeitet worden. 2.100 Anträge, das sind 86,2 %, wurden abgelehnt. Ca. 4 % der ca. 500.000 bisher benachteiligten Ost-Rentner hatten einen Antrag gestellt. Viele Betroffene haben aus zu erwartender Aussichtslosigkeit auf Bewilligung keinen Antrag gestellt. Die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds ohne Wenn und Aber wird als die machbare Lösung angesehen, den Rentenansprüchen der DDR-Bürger gerecht zu werden. In der Presseerklärung wird hervorgehoben, dass der Runde Tisch Rentengerechtigkeit die jetzt sozialdemokratisch geführte Regierung in der Pflicht sieht, ihre eigenen Festlegungen und Beschlüsse des Bundeswahlprogramms 2012 endlich umzusetzen.

Die aktuellen Aktivitäten des Runden Tisches zeigen den ungebrochenen Willen, sich für die Beseitigung des Rentenunrechts einzusetzen und für die Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds ohne Vorbedingungen als eine akzeptable Lösung zu streiten. Der Härtefallfonds wird ohne Zugeständnisse nicht als Lösung des Rentenunrechts angesehen und deshalb nicht akzeptiert. Die Aktivitäten und Maßnahmen des Vereins sind darauf ausgerichtet, den Fragen des Rentenunrechts eine breite öffentliche Basis zu verleihen und gegen das Unwissen in der Bevölkerung zu diesen Fragen aufzutreten. Ohne die Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit wird



RUNDER TISCH
RENTENGERECHTIGKEIT e.V., Berufs- und Personengruppen der DDR

info.rundertisch@gmail.com
Vereins-Vorstand
Ferdinand-Avenarius-Str. 5
01277 Dresden

Pressemitteilung 07. Februar 2024

**Respekt vor Lebensleistung,
ein Gerechtigkeitsfonds muss her!**

Der Runde Tisch Rentengerechtigkeit hat seit Auflegung des Härtefallfonds (HFF) der Bundesregierung wiederholt festgestellt, dass dieser dem eigentlichen Ziel und dem jahrelangen Kampf der Betroffenen um ihre gesetzlichen Renten- und Versorgungsansprüche nicht gerecht wird, da lediglich Einmalzahlungen an einen sehr eng begrenzten Kreis von Anspruchsberechtigten mit besonders niedrigen Renten (unter 530 Euro) vorgesehen sind. Die Frist, Anträge auf Zuwendungen aus diesem Härtefallfonds zu stellen, ist am 31.01.2024 endgültig abgelaufen. Nun steht es fest: Fast alle der ca. 500.000 betroffenen DDR-Rentner gehen leer aus! Laut Mitteilung des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind bis zum 31.01.2024 insgesamt 163.441 Anträge eingegangen; davon lediglich 20.000 Anträge zur Ost/West-Rentenüberleitung. Von diesen sind bisher 2.435 Anträge bearbeitet worden. 2.100 dieser Anträge, das sind 86,2 %, wurden abgelehnt! Nur 4 % der ca. 500.000 bisher benachteiligten Ost-Rentner hatten also überhaupt einen Antrag gestellt. Viele Betroffene hatten von vornherein wegen Aussichtslosigkeit auf Bewilligung darauf verzichtet.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat das Staats für Soziales und speziell das Bürger den Haushaltsberatungen die Vorlage der geplanten Einführung des Mindestlohns aus dem Niedriglohnsektor auflegen können, in



Die im Beitrag genannten Dokumente können auf der Homepage des Vereins <https://www.rundertischrentengerechtigkeit.de/aktuelles/aktuelles-vom-verein/> eingesehen werden

sich eine erfolgreiche Führung des Kampfes gegen das Rentenunrecht als schwierig erweisen.

Weiter besteht die Notwendigkeit für den Rentengerechtigkeitskampf Bündnispartner zu finden. Deshalb ist es richtig, die Gewerkschaften für dieses Bündnis zu gewinnen und sie aktiv einzubeziehen. Desweiteren erscheint die kontinuierliche politische Auseinandersetzung mit den Entscheidungsträgern im Bund und in den ostdeutschen Ländern zwingend notwendig, um den berechtigten Ansprüchen der DDR-Rentner weiter Nachdruck zu verleihen.

Aktuell werden die Aktivitäten und Maßnahmen zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg vorbereitet, die auch darauf ausgerichtet sind, die Fragen des Rentenunrechts von DDR-Bürgern im Wahlkampf in die Öffentlichkeit zu tragen. Es ist vorgesehen, eine solche Veranstaltung in Chemnitz durchzuführen. Zu den weiteren Vorhaben des Runden Tisches Rentengerechtigkeit besteht die Absicht, sich aktiv in eine Rentenreform einzubringen, auch im Hinblick auf die Wahrung der Interessen Ostdeutscher bei der zukünftigen Ausgestaltung des Rentenrechts.

Der Runde Tisch Rentengerechtigkeit ist eine Option für uns, unseren Kampf gegen das Rentenunrecht weiterzuführen und erfolgreich zu gestalten. Wir sollten als ISOR entsprechend unseren Möglichkeiten die Ziele und Maßnahmen des Runden Tisches weiter aktiv unterstützen.

Gedenk- und Protestkundgebung am 11. Februar in Ziegenhals

von Anja Mewes



Foto: Anja Mewes



Foto: Anja Mewes

Am 11. Februar 2024, 11:30 Uhr, versammelten sich aus Anlass des 91. Jahrestages der illegalen Tagung des ZK der KPD unter dem Vorsitz Ernst Thälmanns am Gedenkstein in Ziegenhals sowohl interessierte Bürger als auch Vertreter der TIG des Landesverbandes Brandenburg und Berlin, sowie verschiedene Verbände; Organisationen und Parteien. Max Renkl, der Vorsitzende der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals e. V., eröffnete die Kundgebung. Iris Hefets (Foto oben) vom Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ hielt den Hauptredebeitrag.

Zur Erinnerung an Dr. Hans Modrow

von Reiner Nowitzki, Vorsitzender TIG Berlin-Marzahn



Foto: Rudolf Denner

Am 10. Februar 2024 wiederholte sich zum 1. Mal der Todestag von Hans Modrow. Aus diesem Anlass organisierte die Modrow-Stiftung eine Gedenkveranstaltung für Freunde und ehemalige Weggefährten in der Kapelle des Dorotheenstädtischen Friedhofs, auf dem Hans Modrow seine letzte Ruhestätte fand. Da die Platzkapazität in der Kapelle sehr begrenzt ist, konnten leider nicht alle Nachfragen für eine Teilnahme positiv entschieden werden.

An der Gedenkveranstaltung nahmen u.a. seine Weggefährtin, Dr. Gabriele Lindner, Professor Dr. Christa Luft und die Schriftstellerin Daniela Dahn sowie Vertreter der im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden vertretenen Vereine teil. Gleichzeitig wurde an diesem Tag auch Bertolt Brecht geehrt, der seinen 126. Geburtstag beging und ebenfalls auf diesem Friedhof beigesetzt wurde. Das Kulturprogramm wurde auch aus diesem Grund durch Gina und Frauke Pietsch sowie Sabine Kebir gestaltet.

In diesem Programm wurde besonders die Rolle des Friedens hervorgehoben und die Bedeutung des Schreckens des Zweiten Weltkrieges dargestellt. Grundlage dafür bildeten die Arbeiten Brechts, „Arbeitsjournal“ und die „Kriegsfibel“, die während seines amerikanischen Exils entstanden, ein Jahr vor seinem Tod und 1955 als Buch erschienen.

Die Worte und Bilder Brechts vor 80 Jahren waren und sind so aktuell wie heute. Sie rufen uns auf, für die Sicherung des Friedens einzustehen und dafür unermüdlich mit all unseren Kräften zu streiten. In den Gesprächen kam neben der tiefen Anteilnahme auch die Gewissheit zum Ausdruck, dass Hans Modrow nicht vergessen ist und seine Lebensmaxime in der Erinnerung weiterleben. Im Anschluss an die Veranstaltung versammelten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an seiner Grabstelle, um Blumen niederzulegen.



Aufruf der Friedenskoordination Berlin zum Ostermarsch 2024

Wir wollen Frieden!

Was will die Bundesregierung? Sie behauptet, sie sei zur Krisenverhinderung, Konfliktbewältigung und Friedensförderung verpflichtet (Leitlinien Bundesregierung). Die Außenministerin will „feministische“ Politik machen, um die Rechte aller, vor allem die der Frauen, einzufordern (Leitlinien AA).

Die Regierungsmitglieder schworen, ihre Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen und Schaden von ihm abzuwenden (Amtseid).

Können wir das glauben?

Die Regierung will Bundeswehr UND Bevölkerung kriegstüchtig machen. Sie findet, dass Entspannungspolitik ein Fehler sei und europäische Sicherheitspolitik jetzt nur gegen Russland gehen könne.

Sie hat entschieden, dass der Rüstungshaushalt in diesem Jahr rekordhaft um etwa 40% zum Vorjahr steigen und auch die Rüstungsexporte alle Rekorde brechen sollen. Selbst der Waffenexport in Kriegsgebiete soll weitergehen.

Sie hat deutsche Truppen wieder an Russlands Grenze gestellt. Große Kriegsmanöver auf deutschem Boden sind in vollem Gang. Sie will weiterhin die nukleare Teilhabe, ein Nachdenken über den deutschen Finger am Knopf der Atombombe ist kein Tabu mehr. Denn, wie die FAZ titelt, übt die NATO bereits den Atomkrieg.

Die superschnelle US-Hyperschallwaffe „Dark Eagle“ darf in Europa stationiert werden, um den alten neuen Feind Russland mit einem Enthauptungsschlag führerlos zu machen.

Ein nuklearer Gegenschlag auf unser Land, in dem das Einsatzkommando schon jetzt stationiert ist, scheint offenbar dafür in Kauf genommen zu werden.

Sie will, dass Deutschland europäische Führungsmacht wird und Europa militärisch anführt.

Werden so Krisen

verhindert, Konflikte bewältigt oder Frieden gefordert?

Die Regierung sagt, die Unterstützung der Ukraine mit immer mehr Waffen sei die Lehre, die wir aus der Nazizeit ziehen müssen. Wie kann es Lehre aus der Nazizeit sein, eine Regierung zu unterstützen, die dem Nazihelden Stepan Bandera huldigt und Menschen, die als unukrainisch angesehen werden, verfolgt und demütigt?

Sie sagt, die Unterstützung Israels sei die Lehre aus dem Holocaust. Wie kann die Lehre aus der Ermordung von 6 Millionen Juden die Duldung und Unterstützung eines Genozids am palästinensischen Volk sein? Bereits im Januar 2024 waren weit über 25.600 Zivilisten in Gaza getötet. Den noch Lebenden droht zu Hunderttausenden der Hungertod oder die Vertreibung. „Die Waffen müssen schweigen ... ist nicht Aufgabe von Politik“ meint dazu die Außenministerin.

Ist das „feministische“ Außenpolitik?

Abbau der Kindergrundsicherung, massive Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, Reallohnverlust und Inflation sind die Folgen von Hochrüstung und Wirtschaftskrieg. Die letzten Reste des Sozialstaates gehen vor die Hunde, Aktionäre der Rüstungs- und Finanzkonzerne bereichern sich schamlos.

Soziale und demokratische Rechte werden abgebaut und vor Krieg und Hunger Flüchtende an den EU-Außengrenzen militärisch bekämpft.

Wird so Schaden von uns abgewendet?

Wer Zweifel hat, den Regierungs-Narrativen misstraut oder gar Kenntnis darüber hat, dass diese nicht stimmen, und das äußert, wird zum Antidemokraten erklärt: Einschränkung der Meinungsfreiheit, Bespitzelungsgebot bis hin zur willkürlichen Strafverfolgung sind die Folgen.

Ist das etwa Demokratie?

Alles Fragen, auf die es nur eine Antwort gibt: NEIN!

Wir bleiben friedensstark und verweigern dieser Regierung die geforderte Kriegstüchtigkeit.

Wir verlangen stattdessen von ihr, den Kriegskurs zu stoppen und Entspannung statt Eskalation zu betreiben. Das heißt:

- Sich einsetzen für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in Ukraine und Gaza
- Keine Waffen in die Ukraine - Keine Unterstützung der Regierung Israels bei ihrem Genozid am palästinensischen Volk
- Keine erneute Wehrpflicht
- Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten
- Keine Stationierung von Dark Eagle in Europa
- Atombomben aus Büchel entfernen
- Nukleare Teilhabe beenden
- Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen
- Raus aus den militärischen Strukturen der NATO
- Das Geld, das für das Töten verplant wird, in Soziales, Gesundheit und Umweltschutz investieren
- Rüstungsexport und Waffenherstellung beenden
- Keine deutschen Führungsmachtansprüche in der EU
- Eine europäische Sicherheitsordnung unter Einschluss Russlands
- Geflüchteten Schutz gewähren - Asylrecht stärken

Raus zum Ostermarsch:

Ja zum Frieden!

Ja zur Abrüstung!

Ja zur Diplomatie!

Ja zum Ausbau des Sozialstaates!

Samstag 30. März - 13.00 Uhr

KOSMOS (ehem. Kino)

Karl-Marx-Allee 131 a, 10243 Berlin

Lesenswert

Egon Krenz: Gestaltung und Veränderung
edition ost, Berlin 2023, ISBN 978-3-360-02811-2, 445 Seiten, 26,00 Euro

Im zweiten Teil seiner Lebenserinnerungen widmet sich Egon Krenz dem Zeitraum von 1973 bis 1988. Es ist wohltuend, wie ehrlich, sachlich und kompetent Egon Krenz diese Zeit schildert und dabei politische Hintergründe und Zusammenhänge offenbart, die mancher vielleicht geahnt hat, nun aber bestätigt findet, also Geschichtsbetrachtung aus erster Hand. Egon Krenz stützt sich dabei auf umfangreiche persönliche Aufzeichnungen und Archivstudien und gehört nicht zu jenen, die schon immer alles gewusst haben. Nachvollziehbar, ohne Anflüge von Eitelkeit beschreibt er, wie er seinerzeit die Dinge gesehen und beurteilt hat. Als enger Vertrauter von Erich Honecker vermittelt er auch umfangreiche Einblicke in dessen Denken und Handeln.

Sichtbar wird, wie abhängig die DDR von der Sowjetunion war und wie diese ihren Interessen die nötige Beachtung verschafft hat, eine Abhängigkeit, die auf der westdeutschen Seite gegenüber den USA ihre Entsprechung fand und bis heute aktuell ist. Egon Krenz vermittelt ein authentisches Bild über die widersprüchlichen offiziellen und internen Äußerungen westdeutscher Politiker, die angesichts der schäbigen Behandlung von Erich Honecker nach dem Untergang der DDR eine besondere Brisanz besitzen. Eindringlich belegt er, dass die DDR eine ehrliche Abrüstungs- und Entspannungspolitik verfolgt hat. Dabei stieß sie bei westdeutschen Partnern durchaus auf Resonanz. Der westdeutschen Politiker- generation (Helmut Kohl eingeschlossen), die noch die Schrecken des II. Weltkrieges



Foto: Rudolf Denner

erlebt hatte, war abzunehmen, dass sie es ehrlich meinte mit: „Nie wieder Krieg!“ Welch ein Kontrast zu den heutigen kriegsgeilen Politgrößen, die Kriege – wenn es sein muss auch mit Atomwaffen – fest eingeplant haben!

Wer Ursachen für den Niedergang und Untergang der DDR und ihres sozialistischen Gesellschaftsmodells sucht, wird in diesem Buch fündig. Wenn Wohl und Wehe eines Landes von den Fähigkeiten und der Leistungskraft eines einzelnen Parteiführers abhängen und der konstruktive Streit um die besten Lösungen für herangereifte neue Aufgaben erstirbt, ist das der Anfang vom Ende, Stagnation statt Fortschritt. Günter Mittag hatte sich als oberster Wirtschaftslenker der DDR etabliert und es verstanden, jede Kritik an seinen oftmals subjektiven Entscheidungen abzuwürgen, und dabei auch Intrigen nicht gescheut. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie der VIII. Parteitag proklamiert hatte, wurde zu einem Hemmnis für produktive Investitionen und die immer widersinniger werdende Subventionspolitik nicht hinterfragt. Westliche Kredite wurden immer mehr zur Belastung der Volkswirtschaft der DDR, Arbeitsproduktivität und technologische Neuerungen blieben immer mehr zurück.

Dabei verfügte die DDR über viele befähigte und kreative Kader in allen Bereichen.

Egon Krenz suchte und fand den Gedankenaustausch, besonders unter befreundeten Partei- und Jugendfunktionären, Intellektuellen, Kulturschaffenden, Sportlern und Sportfunktionären, und berichtet darüber. Die DDR und ihr sozialistisches Modell waren es trotz aller Mängel wert, gestaltet und verteidigt zu werden. Auch das wird von Egon Krenz anschaulich vermittelt.

Rezension von W. S.

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e.V.
V.i.S.d.P: Lothar Schlüter
Redaktion: Lothar Schlüter
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko
Herstellung: Druckerei Gottschalk
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Impressum

Redaktionsschluss: 21.02.2024
Print- und Internetausgabe: 05.03.2024
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.03.2024

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr/ Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di/ Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Finanzen: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung: Bernd Hartmann
Mi: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-stat@t-online.de

Unsere Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX